

Klaus Müller

Warum die Ukraine gescheitert ist Oligarchische Konsolidierung und geopolitisches Hasardspiel

1. Einleitung

Ukrainische Verhältnisse

Die Ukraine war in den zurückliegenden 25 Jahren dreimal Schauplatz politischer Protestbewegungen, die von Machtkämpfen der politischen Klasse und geopolitischen Umbrüchen begleitet waren. In den späten 1980er Jahren hatten nationale Gruppierungen, Studentenproteste und religiöse Organisationen das politische Klima im Land soweit aufgelockert, dass sich die ukrainische Bevölkerung am 1.12.1991 in allen Landesteilen für eine unabhängige Ukraine aussprach. Eine Woche später löste sich die Sowjetunion auf – ein Ereignis, das in der jüngeren Geschichtsschreibung als ‘offizielles Ende’ des Kalten Kriegs bezeichnet wird. Die Früchte der Unabhängigkeit ließen länger auf sich warten als erhofft. Wirtschaftliche Stagnation, um sich greifende Korruption und manipulierte Präsidentschaftswahlen riefen im November 2004 eine Protestwelle hervor, die schließlich Neuwahlen erzwang. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte, so schrieben zwei begeisterte Historiker, prägte sich die Ukraine „im politischen Bewusstsein der Weltöffentlichkeit ein“ (Ash/Snyder 2005: 14). Die siegreich aus der Wahl hervorgegangene ‘Orange Koalition’ brach allerdings wenig später über wechselseitigen Vorwürfen der Korruption und des Landesverrats auseinander. Was die Öffnung zur Welt auch heißen kann, erlebte die Ukraine 2009: Infolge der globalen

Finanzkrise brach die Wirtschaft um 15 Prozent ein. Im Jahr darauf wurde der von der ‘Orangen Revolution’ verjagte Viktor Janukowitsch zum Präsidenten gewählt.

Die dritte große Protestbewegung, die am 21.11.2013 einsetzte, unterschied sich in ihrem Anlass, Verlauf und in ihren Resultaten tief greifend vom friedlichen Austritt aus der Sowjetunion und von der ‘Wahlrevolution’ 2004. Anders als 1991 war ein veränderter geopolitischer Kontext nicht die Folge, sondern der Hintergrund. Im Kontrast zu 2004 war nicht Gewaltfreiheit das oberste Gebot; Militanz galt als legitimes Mittel zum Sturz der Regierung. Janukowitschs Rückzug von einem lange vorbereiteten Assoziationsabkommen zwischen EU und Ukraine erschien als akzeptabler Grund, in eskalierenden Straßenschlachten einen Regierungswechsel durchzusetzen.

Die EU und die USA waren zutiefst in die Kiewer Demonstrationen involviert. Westliche Spitzenpolitiker haben dem Protest durch ihre Teilnahme nicht nur eine internationale Öffentlichkeit verschafft. Sie haben die riskante Konstruktion der ukrainischen Staatlichkeit, deren Konfliktpotenzial seit der Unabhängigkeitserklärung immer wieder aufgekeimt war, zu einer geopolitischen Auseinandersetzung aufgebaut. Indem sie die lokalen Zusammenstöße auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz zu einem Kampf zwischen europäischen Werten und russischer Autokratie

stilisierten, legitimierten sie die destruktive Identitätspolitik, die den Westen des Landes gegen das 'Regime der internen Okkupation' durch ostukrainische Eliten in Stellung brachte. Dass dieser Kampfbericht des westukrainischen Nationalismus verfangen konnte, zeigte sich darin, dass Kiew zum Aufmarschgebiet rechtsradikaler Gruppierungen wurde, die sich dort den ehrenwerten Titel einer 'Schutztruppe des Maidan' erkämpften.

Die Mythologisierung der Ereignisse zu einer Maidan-Revolution im Namen europäischer Werte war für westliche Politiker insofern entlastend, als sie sich nicht mit den internen Machtkämpfen der Ukraine beschäftigen mussten und mit der Frage, woran die 'Orange Revolution' gescheitert war. Die manichäische Interpretation des Geschehens ließ keinen Raum für Analysen der strukturellen Probleme der ukrainischen Staatlichkeit, der Rolle rechtsradikaler Militanz oder der regional differenzierten Interessenlagen der Bevölkerung. Das erwünschte Ergebnis, der Sturz Janukowitschs und der Übergang zu einer 'prowestlichen Regierung', rechtfertigte das Geschehen.

Umso skandalöser erschien die Annexion der Krim, mit der die russische Führung auf die NATO-Ambitionen der Übergangsregierung reagierte. Der NATO war freilich bewusst, dass die Bindungskraft internationalen Rechts sich an essenziellen nationalen Sicherheitsinteressen relativiert. Sie selbst hat ihr strategisches Konzept von 1999 über das Territorium ihrer Mitglieder und den Verteidigungsfall hinaus auf kaum einzugrenzende Bedrohungsszenarien ausgedehnt, um die Sicherheit des Handels, der Energie und der 'westlichen Lebensweise' zu gewährleisten. Die westlichen Regierungen aber waren zu sehr von der NATO als Symbol einer Wertegemeinschaft eingenommen, um

eine Diskussion über die russischen Sicherheitsinteressen aufkommen zu lassen. Sie zogen es vor, einen Bruch internationalen Rechts zu konstatieren. Die Moralisierung internationalen Rechts vor dem Tribunal der 'Weltöffentlichkeit' ersetze die Möglichkeit einer rationalen Konfliktlösung durch das neu aufgelegte Feindbild eines asiatischen Russlands, eines 'nicht-europäischen Anderen', dessen natürlicher Hang zur Expansion Eindämmung verlangt.

Westliche Politiker hätten wissen können, wie fatal sich Polarisierungen dieser Art im innerukrainischen Machtkampf auswirken. Die Gefahr einer ideologisch polarisierenden Politik war spätestens seit der Unabhängigkeit bekannt. Ukrainische Politiker haben die historische, sprachliche und ökonomische Heterogenität ihres Landes immer wieder dazu genutzt, um durch ethno-politische Agitation Mehrheiten hinter sich zu bringen. Seit den frühen 1990er Jahren lagen Analysen darüber vor, wie sehr der Zusammenhalt des fragilen Landes von der Mäßigung der einheimischen Eliten und des internationalen Umfelds abhängt. Samuel Huntington hatte in einer frühen Phase der ukrainischen Staatsbildung vor einem Bruchlinienkonflikt gewarnt, der das ukrainische Territorium durchzieht. Nur die Kompromissbereitschaft der Eliten und der Verzicht darauf, die Situation geopolitisch aufzuladen, habe eine Eskalation nach jugoslawischem Muster einstweilen verhindert. Aus genau diesem Grund seien eine Zurückhaltung der NATO und eine Verständigung mit Russland auf gleichberechtigter Basis angezeigt (Huntington 1996: 255ff.).

Es trifft sicherlich zu, dass Huntington Herrschaftsinteressen ausgeblendet hat, die sich in kulturellen Diskursen legitimieren. Der Bruchlinienkonflikt aber ist aufgebrochen. Umso mehr kommt es zum einen darauf an zu verstehen, wie tief er in

der prekären Staatswerdung der Ukraine angelegt war. Zum anderen aber ist der militante Nationalismus, der auf dem Maidan zutage trat, nicht eine Wiederkehr des ukrainischen Faschismus der Zwischenkriegszeit. Er ist die Legitimationsideologie der gegenwärtigen ukrainischen Regierung und zugleich ein Mittel zur Mobilisierung im Kampf um die Hegemonie. Nur vor dem Zusammenspiel oligarchischer Machtstrategien, identitätspolitischer Mobilisierung und geopolitischen Rahmenbedingungen lässt sich die Eskalation, die im November letzten Jahren einsetzte, verstehen – auch wenn diese Konstellation für die nähere Zukunft der Ukraine nichts Gutes verheißt.

2. Prekäre Staatlichkeit

Zu Beginn der 1990er Jahre war der letzte Versuch der Moskauer Regierung, einen neuen Unionsvertrag zwischen den Republiken der Sowjetunion auszuhandeln, an der kategorischen Weigerung der Ukraine gescheitert. Am 8.12.1991 beschlossen die Führungen Russlands, Weißrusslands und der Ukraine auf einer Geheimkonferenz die SU aufzulösen (Kubicek 2008: 134ff.). Leonid Krawtschuk, der Chefideologe der Kommunistischen Partei der Ukraine, hatte die Zeichen der Zeit verstanden. Gerade erst zum ersten Präsidenten der Ukraine gewählt, verweigerte er die Unterschrift unter einen letzten Vertragsentwurf. Die Sowjetunion verschwand durch Sezession der drei slawischen Republiken, die sie 1922 ins Leben gerufen hatten. Damit schien zugleich ein Schlussstrich unter die Ost-West-Konfrontation gezogen zu sein und Gorbatschows Metapher eines 'gemeinsamen europäischen Hauses' in greifbare Nähe zu rücken.

Von einem Übergang zur Marktwirtschaft und Demokratie nach der naiven

Formel der westlichen Transformationsforschung konnte allerdings nicht die Rede sein. Wie die meisten postsowjetischen Neugründungen stand die Ukraine zunächst vor dem unerwartet komplexen Problem, eigene staatliche Strukturen auf die Beine zu stellen. Anders als in den ostmitteleuropäischen Staaten konnte man nicht an tragfähige vorrevolutionäre Staats- und Rechtstraditionen anknüpfen – eine Verlegenheit, die die Ukraine mit dem postsowjetischen Russland teilte (Müller/Pickel 2009). Auf kein Land traf David Starks These eines Übergangs der Plan- zur Clanwirtschaft stärker zu als auf die Ukraine (Stark 1990). Nunmehr ganz unabhängig von Moskaus Kontrolle, konnte die Privatisierung über die eigenen Seilschaften verlaufen. Die Clanstrukturen der KP und der 'Roten Direktoren' wurden zu entscheidenden Machtressourcen in der umkämpften politischen Ökonomie.

Zwar blieben der Ukraine Bürgerkriegsszenarien und ethnische Säuberungen, wie in den ehemaligen Kaukasusrepubliken, erspart. Nicht endende Verfassungsdiskussionen, Lagerkämpfe und Bereicherungsstrategien der alten Eliten aber lähmten die ukrainische Politik über die gesamten 1990er Jahre hinweg. Allein an der Staatsspitze zeigte sich eine bemerkenswerte Stabilität, die sich schließlich zu einer Präsidialherrschaft formierte: Um das übergeordnete Interesse nationaler Souveränität gegen die im Parlament verbliebenen Überbleibsel der KP sicherzustellen, ließ sich Krawtschuk weitreichende Vollmachten übertragen. Die Übernahme der kurz zuvor noch verbotenen Mythen, Symbole und Geschichtskonstruktionen sowie die Erhebung des Ukrainischen zur 'absolut vorrangigen Staatssprache' (Kuzio 1998, 146), stimmte die nationaldemokratische Opposition kooperationsbereit – zumal die 'Gründungswahlen' von 1991 offenbart

hatten, dass deren Basis auf den Westen beschränkt war. Das ökonomische Kapital für eine Neugründung, insbesondere die von der sowjetischen Investitionspolitik in der Nachkriegszeit stark geförderten Industrien in der östlichen Ukraine, wurde leichtfertig verspielt. Währungspolitische Abenteuer und mafiöse Revierkämpfe um die in nationale Regie übernommenen Ressourcen stürzten das Land in den Abgrund.

Massive Streiks der ostukrainischen Arbeiter im Sommer 1993 führten zu Neuwahlen, die 1994 mit Leonid Kutschma einen weiteren Funktionär des alten Regimes zum Präsidenten machten. Kutschma sicherte sich für zwei Wahlperioden die Loyalität vor allem der ostukrainischen Bevölkerung, indem er die Politik der 'Ukrainisierung' moderierte und ein entspannteres Verhältnis zu Russland einschlug. Charakteristisch für Kutschmas taktische Flexibilität war die Ausbalancierung von westukrainischen Nationalisten und ostukrainischen Industriellen und sein Geschick, rivalisierende Machtgruppen gegeneinander auszuspielen. Als Konzession an die nationalen Identitätsbewegungen verankerte er in der Verfassung von 1996 die Ukrainer als einziges Staatsvolk. Verbesserte Wirtschaftsbeziehungen mit den russischen Nachbarregionen und subventionierte Energie sicherten den Belegschaften vorerst Beschäftigung. Die Opposition nahm die Überführung der Industrien in die Hände regionaler Clans, die Kutschma als Herstellung einer nationalen Bourgeoisie deklarierte, als notwendigen Schritt zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit hin. Demokratisierung war nicht das Gebot der Stunde, schon damit die im Parlament verbliebenen Postkommunisten die Konsolidierung der Nation nicht behindern konnten.

Was manche Historiker als Verdienst Kutschmas begreifen, nämlich die

Herstellung einer ukrainischen Staatlichkeit, passte freilich nicht mit den Erwartungen der Bevölkerung zusammen, ein besseres Leben als unter sowjetischer Herrschaft zu führen. Die Ukraine war nicht im entferntesten in der Lage, die Voraussetzungen für die zu Beginn der 1990 Jahre angekündigte Annäherung an die EU zu erfüllen, weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Streit um eine Verfassung dauerte länger als in allen postkommunistischen Staaten, ohne dass nach ihrer Verabschiedung im Jahr 1996 der Machtkampf zwischen Präsident und Parlament beigelegt worden wäre. Recht und Gerichtsbarkeit blieben Instrumente, um Einfluss zu gewinnen.

Die Illusion, den vergleichsweise hohen Lebensstandard der Ukraine außerhalb der sowjetischen Arbeitsteilung aufrechtzuerhalten, ging nicht auf. Nach zehn aufeinanderfolgenden Jahren schrumpfender Wirtschaftsleistung war das Sozialprodukt bis zur Jahrtausendwende auf 43 Prozent des Werts von 1990 gefallen. Die Arbeitseinkommen waren um 70 Prozent gesunken, die Ungleichheit erreichte lateinamerikanisches Niveau (World Bank 2002: 5).¹ Die Hälfte der ökonomischen Aktivitäten spielte sich Mitte der 1990er Jahre im informellen Sektor ab. Bereits 1994 waren unbeglichene Gasrechnungen mit Russland und Turkmenistan in Höhe von 4 Prozent des Sozialprodukts aufgelaufen, um sich im folgenden Jahr nochmals zu verdoppeln (IMF 1996: App. III). Eine vom Überlebenskampf absorbierte Bevölkerung war nicht in der Lage, der Politik eine neue Richtung zu weisen. Die ökonomische Stagnation erzeugte politische Apathie.

1 Der Wert Russlands lag trotz der Augustkrise von 1998 bei 64, der Weissrusslands bei 88 Prozent von 1990.

Selbst dem nationalistischen Mainstream lief die Basis davon, wobei die radikalere Elemente sich in ultrarechten Verbänden reorganisierten (Subtelny 2000: 587f.). Im Osten des Landes zeigten sich separatistische Tendenzen. Die Krim, die bereits zwei Jahre früher als die Ukraine für die Unabhängigkeit von der Sowjetunion votiert hatte, konnte immerhin den autonomen Status durchsetzen, den sie bereits vor 1945 innehatte. An ihrem Beitritt zu Russland war Moskau nicht interessiert (Subtelny 2000: 609).

3. Orange Demokratiefassaden

Erst nach der Jahrtausendwende wurde die Ukraine von einer länderübergreifenden Welle 'farbiger Revolutionen' erfasst. Im Jahr 2004 führten offenkundige Manipulationen der Präsidentschaftswahl zu anhaltenden Massenprotesten. Kutschma hatte versucht, mit Viktor Janukowitsch einen Nachfolgekandidaten aufzubauen, um das von ihm geschaffene System fortzuführen. Zwei neugegründeten Wahlbündnissen gelang es, die auf der Straße liegende Frustration in eine Massenbewegung zu übersetzen, die schließlich eine Wiederholung der Abstimmung erzwang. Die Erscheinungsform der Proteste war die einer Festivalrevolution. Rockmusik, Zeltlager auf dem zentralen Kiewer Platz und westliche Gastpolitiker zogen die Weltpresse und ein internationales Studentenpublikum an. Mit der siegreich aus den Neuwahlen hervorgegangenen 'orangen Koalition' schien die Idee einer samtene Revolution auf die Ukraine übergesprungen zu sein. Die neugewählte Führung mit Viktor Juschtschenko als Präsidenten und Julia Timoschenko als Premier signalisierte den Übergang zu einer westlichen Demokratie, ein Eindruck, der durch die Anwesenheit europäischer

und US-amerikanischer Spitzenpolitiker bei ihrer Amtseinführung unterstrichen wurde.

Die entscheidende Botschaft der Orangen Revolution war das mit ihr assoziierte geopolitische Signal. Der Kurs in Richtung NATO war bereits 2003 durch einen Parlamentsentscheid zur Euro-Atlantischen Integration zum vorrangigen Ziel der ukrainischen Außenpolitik geworden. Zum Beleg dieser Absicht beteiligte sich die ukrainische Armee an der US-amerikanischen Invasion in den Irak. Erst im Wahlkampf zwischen Janukowitsch und Juschtschenko aber wurden die Konkurrenten mit geopolitischen Lagern identifiziert. Janukowitsch stand für die russische Vergangenheit, Juschtschenko symbolisierte die 'Europäische Wahl', bei der die NATO und die EU als zwei Seiten derselben Medaille galten (Hetmančuk 2010: 355).

Adam Karatnycky, Präsident des US-amerikanischen Regierungs-Think-Tanks *Freedom House*, reihte Juschtschenkos Sieg denn auch in die Erfolgsgeschichte der westlichen Demokratieförderung ein, die eine 'geopolitische Erdverschiebung der Region in westlicher Richtung' bewirkt habe: „Ukraine's revolution was just the latest in a series of victories for 'people power' – in Poland, Hungary, and Czechoslovakia in the late 1980s and, more recently, in Serbia and Georgia“ (Karatnycky 2005). Nicht unwesentlich war auch, dass in dieser Perspektive immer schon über die Ukraine hinaus gedacht wurde: Im Spiegel der 'Orangen Revolution' erschien die autoritäre Formierung Russlands unter Putin in einem umso schärferen Licht. Georgiens neuer Präsident Michael Saakaschwili erwartete, dass die 'dritte Welle der Liberalisierung' sich nun „über die gesamte postsowjetische Region“ fortsetzen würde (*Financial Times*, 19.12.2005).

Die Mythologie der Orangen Revolution stand freilich von vornherein auf tönernen Füßen. Die vom Kiewer Institut für Soziologie 2004 und 2005 erhobenen Umfragedaten widersprachen der medialen Konstruktion einer urbanen Zivilgesellschaft auf dem Weg nach Westen. „Most revolutionaries were weakly committed to the revolution’s democratic master narrative, and the revolution’s spectacular mobilizational success was largely due to its mobilization of cultural cleavages and symbolic capital to construct a negative coalition across diverse policy groupings“, wie Mark Beissinger (2013, 574) in einer Auswertung der unterschiedlichen Motivlagen feststellt. Auch ein genauerer Blick auf die Ergebnisse der entscheidenden Wahl vom 26.12.2004 hätte bereits zur Zurückhaltung mahnen können: Der Vorsprung Juschtschenkos vor Janukowitsch betrug weniger als 8 Prozent.

Während die Orange Revolution international als ein historisches Ereignis gefeiert wurde, verblasste ihr Glanz in der Ukraine innerhalb weniger Monate. Ihre Ikonen waren ihrerseits Produkte des ukrainischen Systems. Juschtschenko, bereits zu sowjetischen Zeiten mit der Transformation des Bankensektors befasst, hatte die Formierung der ukrainischen politischen Ökonomie seit 1993 als Präsident der Nationalbank begleitet. Timoschenko hatte ihr Vermögen in undurchsichtigen Geschäften ausgerechnet in der Gasindustrie erworben, welche sie nun reformieren sollte. Beide hatten sich schon vor der Wahl mit den wirtschaftlichen Eliten in ein Verhältnis gesetzt. Janukowitsch war zu sehr mit den oligarchischen Gruppen seiner Heimatregion Donetzk um Rinat Achmetov, Sergei Tihipko, Sergei Taruta und die Brüder Kliuev verwoben, um nicht die Konkurrenten aus Dneipropetrowsk und Kiew auf den Plan zu rufen. Im Falle

von einer engeren Bindung an Russland fürchteten sie das Vordringen stärkerer Konkurrenz (Matszak 2012: 79). Inseheim also schwenkten Viktor Pinchuk, Petro Poroschenko und die Industriervereinigung Donbas auf die orange Koalition ein. Juschtschenkos Präsidentschaft war von Anbeginn von den realen Machthabern der Ukraine vereinnahmt: den Clans, welche die Industrien aus sowjetischer Zeit in ihren Besitz gebracht hatten und gewohnt waren, ihr Personal im Parlament und in hohen Regierungsämtern zu platzieren. So überraschte es wenig, dass sich auch auf den höheren Ebenen der Politik das alte Geschäftsmodell fortsetzte: „(the) post-revolution rulers accommodated the old bribery mechanisms by installing their own personnel to control significant rents from energy“ (Kupatadze 2012: 178).

Unter diesen Voraussetzungen war eine ernsthafte Revision der unter Kutschma errichteten Macht- und Besitzstrukturen nicht zu erwarten. Das populäre Versprechen Timoschenkos, die Insider-Privatisierungen des vorangegangenen Jahrzehnts zu überprüfen, versandete in Lagerkämpfen. Im Extremfall sahen sich die Truppen des Inneren mit den Belegschaften der Betriebe konfrontiert (vgl. Aslund 2009: 203ff.). Nach kaum einem Jahr im Amt zerbrach die Koalition. Juschtschenko verteidigte die neue Klasse der Eigentümer und ersetzte Timoschenko durch Juri Jekanourov, eben jene Person, die den Transfer des Staatseigentums in die Hände der Oligarchen einst organisiert hatte.

Laut Umfragen zweifelten bereits im November 2005 60 Prozent der Befragten an der eingeschlagenen Richtung des Landes, lediglich ein Viertel erkannte demokratische Fortschritte und nur 14 Prozent glaubten an einen Rückgang der Korruption (Kubicek 2008: 175). Nach dem *European Value Survey* war das Vertrauen in die

Regierung zwischen 1995 und 2008 von 41 auf 23 Prozent gefallen, das Vertrauen in das Parlament von 34 auf 14 Prozent (Haerpfer/Kizilova 2014: 172ff.). Ein erneuter Rückgang der Wirtschaft tat ein Übriges, Juschtschenkos Rückhalt in der Bevölkerung und die Erfolge seiner Partei *Unsere Ukraine* in den folgenden Wahlen dahinschwinden zu lassen.

Wahlen in der Ukraine waren auch nach dem Wechsel von 2005 eher eine Frage von Geld, Medienmacht und Cliquenwirtschaft. In den Parlamentswahlen von 2006 wurde ein Listenplatz mit bis zu 5 Millionen US-Dollar veranschlagt. Achmetow, der führende Oligarch des Donetzk-Clans, der zur Vertretung seiner Interessen die Partei der Regionen ins Leben gerufen hatte, sicherte sich gleich 60 Plätze im Parlament, sein Kollege Dmitro Firtasch zusätzliche 30. Die *Industrielle Union* des Donbas stellte sich weiterhin hinter Juschtschenko, während die Finanzgruppe Privat um Igor Kolomoiski sich dem Block Julia Timoschenko anschloss (Aslund 2009: 214).

Neben verschiedenen Formen direkter und indirekter Wahlmanipulation (Zimmer 2005: 44ff.) eröffnete sich eine weitere Chance zur Formung politischer Herrschaft, nämlich auf dem Wege variabler Koalitionen. Nach der Wahl von 2006 wurden fünf verschiedene Koalitionen zwischen den fünf ins Parlament gewählten Parteien durchgespielt. Letztlich entstand eine Konstellation, in der Juschtschenko seinen Widersacher Janukowitsch als Premier akzeptierte. Diese Kombination entsprach zwar den Wünschen des Donezker Clans und der Donbas-Gruppe, die enorme Summen zur Herstellung einer Mehrheit investiert hatten. Der illegale Fraktionswechsel zahlreicher Abgeordneter führte allerdings schon 2007 zu erneuten Parlamentswahlen, die eine Fortsetzung der

Orangen Koalition bis 2010 möglich machten. All diese Machenschaften weckten Zweifel an der Regierbarkeit der Ukraine. Die Gefahr für die ukrainische Staatlichkeit war weniger Moskauer Interventionen geschuldet als der informellen Substruktur der ukrainischen Politik: „After 18 years of independence the biggest threat to Ukraine is its inability to govern itself“ (*The Economist*, 23.1.2010).

Auf die internationale Öffentlichkeit wirkten die ukrainischen Machtspiele verwirrend und abschreckend zugleich. Westliche Regierungen hatten der Orangen Revolution massive organisatorische, personelle und finanzielle Hilfe geleistet: USAID, *Freedom House*, die *National Endowment for Democracy* und deutsche Parteistiftungen waren ebenso vor Ort wie die *Soros Foundation*. Boris Beresowski, ein nach London exilierter Gegner Putins, hatte allein 21 Millionen US-Dollar investiert. Diese Form der Demokratieförderung, seit den 1990er Jahren ein unverdächtig scheinendes außenpolitisches Instrument, widersprach zwar der Idee einer autonom organisierten Zivilgesellschaft.² Sie galt gleichwohl durch als den Zweck einer Öffnung der Ukraine nach Westen legitimiert.

2 Nach dem Abbruch der Zelte auf dem Maidan war von dieser ‘Zivilgesellschaft’ in der Realität denn auch wenig zu sehen; vgl. hierzu und zur außenpolitischen Funktionalisierung der Idee Lane 2008. Es bedurfte keiner russischen Verschwörungstheorien, um die Intention solcher zivilgesellschaftlicher Missionen zu erkennen: „If the events in Kiev vindicate the US in its strategies for helping other people win elections and take power from anti-democratic regimes, it is certain to try to repeat the exercise elsewhere in the post-Soviet world“ (Traynor 2004).

Gerade außenpolitisch aber war das Zerwürfnis des ukrainischen Führungspersonals zu offensichtlich. Juschtschenko sprach davon, zusammen mit den Baltischen Staaten und Georgien eine Front für die Verteidigung der Freiheit zu eröffnen. Im Georgienkonflikt 2008 stellte er sich entschieden auf die Seite Michail Saakaschwili – auch in der Erwartung, Punkte für den lang erhofften Beitritt zur NATO zu sammeln. Timoschenko dagegen, geschäftige Verhandlungspartnerin mit der russischen Regierung in Sachen Energie, hielt sich zurück und befürwortete eine Kooperation mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im Unterschied zu beiden wollte Janukowitsch die Ukraine von Allianzen fernhalten, um sie für ein 'Größeres Europa' unter Mitwirkung Russlands offen zu halten (Rahr 2009: 2).

4. Rückkehr und Fall Viktor Janukowitschs – Konstruktion der Maidan-Revolution

Victor Janukowitsch war aus jedem Blickwinkel der ukrainischen Politik betrachtet eine zwielichtige Figur. Für die *Partei der Regionen* war er ein Kandidat zweiter Wahl und selbst für ihren Patron, Rinat Achmetow, eine austauschbare Figur (Zimmer 2005: 47ff.; Kubicek 2008: 167ff.). Westukrainischen Nationalisten war er ein Dorn im Auge, da er mit dem Wahlversprechen, Russisch zur zweiten Staatssprache zu machen, ihr Projekt einer Ukrainisierung der Ukraine auf die Realität einer zweisprachigen Gesellschaft zurückwarf. Außenpolitisch behielt er bei aller Distanz zur NATO Kurs auf die EU. Sein zweiter politischer Aufstieg war weder von Moskau gepuscht, noch seine Demontage auf US-amerikanische Machenschaften angewiesen; beides wurde

von der eigentümlichen Dynamik der ukrainischen Politik vorangetrieben.

Die Ironie der 'Orangen Revolution' bestand darin, Janukowitsch auf demokratischem Weg zurück an die Macht zu verhelfen. In den Präsidentschaftswahlen von 2010 fiel Juschtschenko auf 5,5 Prozent zurück. Die zweite Wahlrunde gegen Julia Timoschenko gewann Janukowitsch mit knapp 49 Prozent. Dieses Resultat war umso durchschlagender, als westliche Beobachter einen für ukrainische Verhältnisse ungewohnt reibungslosen Wahlverlauf attestierten. Am 9.2.2010 gratulierten das Europäische Parlaments und die OSZE der Ukraine zu freien und fairen Präsidentschaftswahlen (OSZE 2010). In den Augen westlicher Analysten erschien die Rückkehr Janukowitschs als die bessere Alternative: „since coming to power Yanukovych has carried out more reforms than in the whole of the last five years put together, including a new gas law which helped bring about Ukraine's recent accession to the EU's Energy Community; a new procurement law, which legally ended the shady schemes of state procurement which existed under former Prime Minister Yulia Tymoshenko, and judicial reforms which will help bring Ukraine closer to obtaining a visa-free regime with the EU“ (Paul 2010).

Einschätzungen dieser Art, an die man sich vier Jahre später kaum noch erinnern mochte, wurden jenseits des Atlantiks geteilt. In der *Washington Post* feierte Jackson Diehl den neuen Präsidenten als 'highlight' des von der US-amerikanischen Regierung im April 2010 ausgerichteten Nukleargipfels. Seine Bereitschaft, sich im Unterschied zur Vorgängerregierung mit den USA auf einen Verzicht angereicherter Urans zu einigen, galten als Zeichen einer geopolitischen Neuausrichtung: „Yanukovych built a link to the White House to

balance his long-standing connection to the Kremlin – and managed to stand out among the dozens of leaders jamming the luxury hotels of downtown Washington“ (Diehl 2010). Nach Gesprächen mit der neuen Regierung weckte Adam Karatnycky im *Wall Street Journal* höchste innenpolitische Erwartungen: „Ukraine’s new president will in the end also pursue a similar tack on matters of national identity and reject the divisive cultural and linguistic agenda being pursued by some in the current government“ (Karatnycky 2010).

Wie also war der Abstieg Janukowitschs von einem gewählten Präsidenten und internationalen Hoffnungsträger zu einer Person zu erklären, in der sich die gesamte Misere der 25-jährigen Geschichte der unabhängigen Ukraine zu konzentrieren schien? In der internationalen Öffentlichkeit galt zweifellos die im November 2013 einsetzende Protestwelle als entscheidender Schritt: Sie habe über eine ‘klassische Volksrevolution’ zum Fall des verhassten Präsidenten geführt (Snyder 2014: 131). Ausgelöst durch die Twitterbotschaft eines Journalisten, verbreitet durch die neuen Medien, war die protestierende Menge auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz tatsächlich kürzester Zeit auf über 100.000 Teilnehmer angewachsen. Sozialstrukturell verfügte der Protest über eine breite Basis, die über Studenten hinaus die professionelle Mittelklasse, Unternehmer und Rentner umfasste; seiner regionalen Zusammensetzung nach repräsentierte er weite Landesteile (Wilson 2014: 73ff.).

Ausschlaggebend für den weiteren Verlauf der Demonstrationen war die expandierende Dynamik von repressiver Staatsgewalt und Widerstand gegen die aufgefahrenen Sicherheitskräfte. In der zweiten Januarhälfte 2014 sprach Vitali Klitschko, der von der deutschen Regierung vorgeschlagene Kandidat für

die künftige ukrainische Führung, von möglichen Toten und der Gefahr eines Bürgerkriegs. Nach dem Tod der ersten Demonstranten führte diese Dynamik irreversibel zur Forderung nach Janukowitschs Rücktritt. Kompromissvorschläge des Präsidenten, die repressiven Gesetze gegen den Straßenprotest zurückzunehmen, der Rücktritt seines Premiers Asarow und die Einladung an die Führer der oppositionellen Parteien, dessen Posten zu übernehmen, kamen zu spät. Das Angebot, die nächsten Wahlen auf den Dezember 2014 vorzuziehen, hatte keinen Einfluss mehr auf den Gang der Ereignisse. Zu sehr hatten sich die Ziele und Methoden des Maidan verschoben: Im Februar sprachen sich über die Hälfte der befragten Demonstranten für die Bildung bewaffneter Formationen aus. Ihr Ziel war in den Worten eines sympathisierenden Beobachters vom Thinktank *European Council on Foreign Relations* eine ‘nationale Revolution’ gegen die ‘kreolischen Machthaber’: „Ukraine’s Russian-speaking comprador bandit elite (normally called the ‘regime of internal occupation‘“ (Wilson 2014: 70). Zur Überraschung der polnischen, französischen und deutschen Außenminister wurde der von ihnen vermittelte Kompromiss zwischen dem Maidan-Rat und dem Regime über Nacht gegenstandslos.

Dass Wilsons Einschätzung die Ideologie und Sprache westukrainischer Nationalisten adoptierte, die ihre fatale Wirkung später in der Identifizierung des inneren Feinds im Osten entfalteten, lag im Trend der westlichen Berichterstattung. Für sie verkörperte der Maidan die moderne westukrainische Zivilgesellschaft auf dem Weg nach Europa. Der Osten der Ukraine erschien als eine überalterte, in sowjetischer Mentalität gefangene Industrieregion. Die Sympathien lagen eindeutig beim Westen. Wilson ging noch einen Schritt

weiter. Er rechtfertigte die Gewaltförmigkeit der radikalen Stoßtrupps des Maidan als Lernerfolg gegenüber den letztlich erfolglosen Aktivisten von 2004. Der Erfolg schien ihm Recht zu geben. Der Überfall auf westukrainische Polizeistationen und Militärbasen, die dabei erbeuteten Waffen und die Drohung, diese gegen die Sicherheitskräfte auf dem Maidan einzusetzen, erreichten ihr Ziel. Janukowitschs Regime zerfiel, weil seine Sicherheitskräfte keinen bewaffneten Kampf mit der 'Selbstverteidigung des Maidan' riskieren wollten.³

Gleichwohl greift es zu kurz, Janukowitschs Sturz auf die Aktionen des Maidan zu reduzieren. Lange bevor die Bewegung sich aufbaute, hatte sich Widerstand in den Reihen der Oligarchen geregt. Seit Beginn seiner Präsidentschaft war Janukowitsch daran gegangen, in die Verteilungsverhältnisse der Clans einzugreifen und die aus der Distribution subventionierter russischer Energie abfallenden Renten bei sich zu konzentrieren. Selbst von Haus aus kein Oligarch, wollte er für seine 'Familie' das Aufstiegsmodell der 1990er Jahre in kürzester Zeit nachholen.

3 Wilson (2014: 94) versucht gleichwohl, dem Vorgang einen legalen Anstrich zu geben: „Yanukovich in exile failed the ‘effective political control’ test now established in international law and designed to prevent minority or exile factions in civil war constantly calling for outside help.“ Higgins/Kramer 2015 argumentieren mit der Angst der Sicherheitskräfte: nach einem Kompromiss zwischen Janukowitsch und der Opposition befürchteten diese, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Solange die Machtverhältnisse noch unklar waren, hatten interessanterweise westukrainische Politiker separatistische Töne angeschlagen, zumindest aber regionale Autonomie gegenüber Kiew gefordert (Amos 2014).

Zur Konsolidierung seiner Macht hatte er die Posten des Finanzministers und des Zentralbankchefs mit eigenem Personal besetzt. Ein Extraaufschlag auf alle Deals in die Taschen der 'Familie' aber ging den etablierten Oligarchen zu weit.

Poroschenko war das Gesicht, mit dem sich die neu gebildete Anti-Janukowitsch-Koalition der ukrainischen Oligarchie auf die Seite des Politikwechsels stellte – worunter sie freilich keinen Wechsel des Systems, sondern eine Rotation der Personen verstand. Poroschenko übernahm die Initiative, den Demonstranten eine Infrastruktur bereitzustellen, sodass die mediale Verbreitung ihres Protests nicht auf wenige Twitterzeilen angewiesen war. Ihre Aktionen wurde auf seinem TV Kanal 5 live übertragen, die internationale Presse über Informationsbüros ins Bild gesetzt. Die materielle und organisatorische Infrastruktur des Maidan und dessen Versorgung erforderten Ressourcen weit über die spontanen Spenden der Bevölkerung hinaus. Im entscheidenden Moment schwenkten die Fernsehkanäle Achmatows und Firtaschs auf die Seite der Demonstrationen um; Victor Pintschuk feierte die 'Helden des Maidan' als 'Wegbereiter eines neuen Landes' (Neef 2014; Bender 2014).

Die Fähigkeit Poroschenkos bestand darin, sich der Öffentlichkeit als einen Oppositionellen im Kampf gegen Verbrechen und Korruption zu präsentieren, obwohl er sein breit investiertes Vermögen auf typisch postsowjetische Weise erworben und in allen Regierungen seit 2004 Führungsfunktionen ausgeübt hatte. Im Westen galt Poroschenko zumindest als 'unser Oligarch'. Wie aus Wikileaks-Dokumenten hervorgeht, hat er seit spätestens 2006 die US-amerikanische Botschaft in Kiew regelmäßig über die Interna der ukrainischen Koalitionsbildungen und Lagerkämpfe informiert, sie im Umgang

mit der ukrainischen Führung beraten und sich als Anwalt eines Beitritts zur EU und NATO profiliert.⁴

In der Konstellation des Maidan war Poroschenko in zweifacher Hinsicht der geeignete Mann, um die Kontinuität des oligarchischen Systems über Janukowitsch hinaus zu wahren. Einerseits war er im Machtkampf mit Julia Timoschenko erfahren genug, um die Rückkehr seiner Rivalin an die Macht zu verhindern. So ließ sich die Gefahr abwenden, dass Timoschenko die Welle des Maidan-Protests zu einer zweiten Reprivatisierungskampagne nutzen könnte. Andererseits war Poroschenko für die Mehrheit des Maidan glaubhaft genug, um die radikaleren Forderungen nach einem Umsturz des Systems abzufangen. So konnte der Sturz Janukowitschs schließlich friedlich und systemkonform ablaufen: Die Patrone der Partei der Regionen wiesen ihre Parlamentarier an, der Amtsenthebung ihres Vorsitzenden zuzustimmen.

5. Die 'Neue Ukraine' auf Katastrophenkurs

Aus theoretischer Sicht war nicht zu erwarten, dass aus der Maidan-Revolution ein demokratischer Systemwandel hervorgeht. Die früheren 'Wahlrevolutionen' in Kirgisien, Georgien und der Ukraine 2004 waren nach dem charakteristischen Muster populärer Erhebungen und autoritärer Konsolidierung verlaufen (King 2010: 86). Die Konkurrenz zwischen den ukrainischen Clans wurde von manchen Beobachtern als Zeichen eines Elitenpluralismus gedeutet, der im Verlauf der Zeit in eine demokratische Evolution übergehen werde. Die Ukraine wäre demnach

ein hoffnungsträchtiges Gegenmodell zu Russlands konsolidiertem Autoritarismus (Matuszak 2012).

Die Differenz zu Russland ist in der Tat signifikant – aber kein Grund zum Optimismus. Putin hatte die russische Oligarchie in seiner ersten Amtszeit in sein Projekt eines politischen Kapitalismus eingebunden und so die anarchische Desintegration Russlands aufgehalten. Korruption blieb endemisch, folgte nun jedoch dem Primat staatlicher Politik. Der Irrtum von Michail Chodorkowskij, der ehemalige Yukos-Vorsitzende, der in Russland wegen Steuerhinterziehung und Betrug verurteilt wurde, bestand darin, eine Außenwirtschaftspolitik für das eigene Geschäft betreiben zu wollen (Müller 2013). Die ukrainische Politik funktioniert in gegenläufiger Richtung. In Abwesenheit autonomer politischer Institutionen ist die Subversion des Staats systemisch. Die oligarchischen Clans haben die politischen Institutionen auf allen Ebenen okkupiert. Sie dirigieren nicht nur Parteien, Abgeordnete und Richter, sondern besetzen höchste Staatsämter in personam. Die Konzentration des Vermögens übersteigt US-amerikanische und russische Verhältnisse bei weitem: Die reichsten 50 Personen verfügen über 47 Prozent des ukrainischen Vermögens (Wilson 2013: 188). Aus Stephen Holmes' vergleichender Analyse 'verrotteter Staaten' geht hervor, dass von Personen, die ihren Reichtum niemals unter klaren und sanktionierten Regeln hätten erwerben können, kein Systemwechsel zu erwarten sei (Holmes 2006: 20f.).

Dies hatten die ukrainischen Eliten auch nicht im Sinn. Sie bauten Poroschenko als ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl auf, aus der er am 25. Mai 2014 mit überwältigender Mehrheit als Sieger hervorging. Bei seinem Amtsantritt war Poroschenko zunächst nicht

4 https://wikileaks.org/plusd/cables/10KYIV246_a.html, Zugriff: 30.1.2015.

mit Systemfragen, sondern mit den Reaktionen konfrontiert, die die Absetzung seines Vorgängers außerhalb der Ukraine ausgelöst hatten. Im Februar 2014 hatte die Moskauer Führung die geopolitische Aufladung des Ukraine Konflikts zum Anlass genommen, einen wahrscheinlicher gewordenen NATO-Beitritt der Ukraine durch die Annexion der Krim zu unterlaufen. Dieser Schritt war weder durch die Absetzung Janukowitschs zu rechtfertigen, noch durch ein Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim. Wenn auch nicht verfassungskonform, so war der Sturz Janukowitschs entgegen russischer Darstellung doch kein 'faschistischer Putsch'. Was das russisch-ukrainische Verhältnis angeht, war er kontraproduktiv. Denn noch Ende März 2014 erklärte die Kiewer Übergangsregierung, den 2010 beschlossenen Status der Bündnisneutralität vorerst nicht aufzuheben (*Interfax-Ukraine*, 29.3.2014). Erst am 23.12.2014 kündigte das Ukrainische Parlament diese Neutralität des Landes auf. Offenbar aber folgte die Entscheidung der russischen Regierung eher aus einer verallgemeinerten geopolitischen Perspektive, zu der die westlichen Regierungen maßgeblich beigetragen hatten.

Dramatischere Konsequenzen hatte die geopolitische Aufladung der Rebellion in den östlichen Regionen des Landes. Diese ist das am wenigsten klare Konfliktfeld der ukrainischen Krise. Über die gesamte Unabhängigkeitgeschichte der Ukraine erschienen der Donbas und die umliegenden Industriegebiete als suspekt Territorien, besiedelt mit einer 'russifizierten' Bevölkerung von zweifelhafter Loyalität. Ohne symbolische Ressourcen, ohne legitime Identität, antiwestlich und kulturell rückständig, wurden sie verantwortlich gemacht für den Einfluss Moskauer Politik, galten als Heimstätte verhasster Oligarchen und ökologische Katastrophenzonen.

Bereits die frühe Nationalbewegung Rukh sah Anfang der 1990er Jahre mit Verachtung auf die bloß materiellen Forderungen der Gewerkschaften der Bergarbeiter herab, da diese nicht für nationale Symbole streikten. Die Begründung für einen zentralistischen Staatsaufbau war seit der Verfassung von 1996 das Misstrauen, dass eine regionale Selbstverwaltung der östlichen Landesteile einer Einladung zur Abspaltung gleichkäme. Der Makel war, dass sich ihre Bevölkerung nicht in die Mythologie der westlichen Ukraine einfügen wollte: „The Russian speaking Ukrainians and the Russians in Eastern Ukraine are politically loyal to the Ukrainian state, but many of them do neither want to accept the imposition of a Ukrainian cultural identity based on ethnic/linguistic criteria combined with anti-Russian resentments, nor the opposition of a 'European Ukraine' to an 'Asiatic Russia'“ (Zhurhenko 2014). Diese Einstellung belegte eher den identitätspolitischen Defekt der ukrainischen Staatlichkeit als separatistische Ambitionen.

In dieser Disposition, die in zahlreichen Umfragen immer wieder bestätigt wurde, war sogar die Chance angelegt, den westlichen und den östlichen Widerstand gegen die Oligarchie zusammenzuführen. Denn auch den Protesten auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz wurde eine geopolitische Orientierung nur medial zugeschrieben – entgegen anderslautenden Kenntnissen über die tatsächlichen Motivlagen. Ende 2013 hatte eine von USAID in Auftrag gegebene Umfrage ergeben, dass die entscheidenden Beweggründe des Protests in der wirtschaftlichen Misere, in Korruption und einem generellen Misstrauen in das Establishment lagen. Lediglich 14 Prozent der Befragten sahen im Verhältnis zu Russland und nur 4 Prozent im möglichen Beitritt zur Eurasischen Union ein Problem. 34 Prozent bevorzugten engere

Wirtschaftsbeziehungen mit dem östlichen Nachbarn, 35 Prozent mit der EU, während 17 Prozent hierin keinen Gegensatz erkannten (IFIS 2013: 2f.). Ein landesweiter Zusammenschluss des Protests wurde freilich schon durch die Präsenz neonazistischer Gruppen verhindert, die den Eliten besser geeignet schienen, einen systemkonformen Machtwechsel zu erzwingen.

Der 'orientalisierende Blick' auf den Osten von der Warte des westukrainischen Nationalismus aber war bereits in der Identitätskonstruktion der Verfassung festgeschrieben. Diese stellte sich bewusst in die Tradition des kurzlebigen Staats von 1917-1920. Selbst ukrainischen Sozialwissenschaftlern der Gegenwart fällt es schwer, sich von der Idee zu lösen, dass die westlichen Regionen über ein historisch höher entwickeltes Nationalbewusstsein verfügen als der in kleinrussischer Mentalität verhaftete Osten. So rechtfertigte der exilukrainische Politikwissenschaftler Taras Kuzio eine ukrainische 'Kernnationalität', der gegenüber andere Bevölkerungsgruppen Minderheiten darstellen. Die Ukraine sei zwar ein multiethnischer Staat, aber ein Staat mit einer herausgehobenen Mehrheit: „only one ethnic group is the titular one laying claim to that territory“ (Kuzio 1998: 126)⁵

Aus dieser Perspektive kam nicht in den Sinn, dass die östlichen Regionen, die über 25 Jahre mehrheitlich für die Vertreter ihrer Interessen gestimmt hatten, der Absetzung ihres Kandidaten nicht kommentarlos zusehen würden. Paul D'Anieri hat aus der regionalen Konzentration der

russischsprachigen Bevölkerung geschlossen, dass die wiederholten Versuche, einen integralen ukrainischen Nationalismus landesweit durchzusetzen, nicht erfolgreich sein können. Die Wähler dieser Regionen haben die Möglichkeit, Repräsentanten nach Kiew zu wählen, und diese würden dort ein Interesse am Zusammenhalt des Landes entwickeln: „Hence, the eastern elites in power in Kiew have not arranged regional autonomy arrangements“ (Anieri 2007: 20). Diese an vielen Beispielen belegte Analyse traf zu – solange die Macht in Kiew nicht in ethno-nationalen Kategorien entworfen wurde. Genau dies ist mit der Prominenz nationalistischer Bewegungen auf dem Maidan geschehen und hat 'Anti-Maidan'-Bewegungen in den östlichen Landesteilen provoziert. In der auf Zivilgesellschaft und Mittelklassen fixierten westlichen Publizistik ging die soziale Zusammensetzung dieser Proteste unter.⁶ Der Kampf begriff 'prorussischer' Kräfte, der auf eine russische Bevölkerung angewendet jeden Sinn verliert, taugte immerhin dazu, die Grenzen zwischen Ostukrainern und über die Grenze einsickernden russischen Kräften zu verwischen.

Zwei fatale Entscheidungen haben den sich anbahnenden Konflikt in der östlichen Ukraine in einen Bürgerkrieg verwandelt, der tatsächlich geopolitische Dimensionen annehmen sollte. Erstens die Entscheidung, die Rebellion im Osten in einer 'Anti-Terror-Aktion' niederzuschlagen. Seit April setzte die Kiewer Übergangsregierung ukrainische Einheiten zur Bekämpfung lokaler Aufständischer und russischer Söldner ein – ein Konflikt, der sich in wenigen Wochen zum Einsatz von

5 Dass genau diese Abstufung dem Programm der ukrainischen Nationalisten zur Säuberung ihres Territoriums von Polen, Juden und Deutschen zugrunde lag, fällt unter den Tisch.

6 Eine der wenigen sozialstrukturellen Analysen lieferte der Kiewer Soziologe Ishchenko 2014.

Panzern und Bombern gegen die eigene Bevölkerung steigerte. Die Armeeführung, sofern man davon sprechen kann, ist inkompetent, korrupt und verantwortungslos. Desertion und Seitenwechsel sind an der Tagesordnung. Die Frontlinien und die Zusammensetzung der kämpfenden Gruppierungen sind immer diffuser geworden, auf beiden Seiten kämpfen irreguläre Verbände ohne übergreifende Strategie und Oberkommando. Mangels einer kampffähigen Armee war Kiew gezwungen, eine Nationalgarde ins Leben zu rufen, in die sich die Kampftruppe des Maidan und andere nationalistische Gruppierungen einreihen (Walker/Amos 2014; Kramer 2014). Die Rebellen im Osten des Landes haben mithilfe russischer Unterstützung und krimineller Syndikate 'totalitäre Protostaaten' errichtet (Gessen 2014).

Die Fronten des Bürgerkriegs werden durch eine zweite Fehlentscheidung noch unbeherrschbarer, nämlich den Entschluss, die Oligarchen Taruta und Kolomoiski als Gouverneure in Donezk und Dnepropetrovsk einzusetzen. Diese führen dort Privatkriege mit selbst finanzierten Bataillonen, sei es gegen Aufständische oder konkurrierende Industrielle, oder sinnen auf Rache für verlorene Vermögenswerte auf der Krim. Kolomoiski stemmt sich gegen den Verlust von Bankfilialen seiner Privat-Group und spielt mit dem Gedanken, sich durch die Enteignung von 'russlandfreundlichen' Unternehmern zu entschädigen. Ins Schussfeld ist dabei Achmetov geraten, der sich mit dem Vorschlag verdächtig machte, eine Verfassung mit größerer regionaler Autonomie zu fordern. Im Februar 2015 wurde Achmetov von der Kiewer Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht der Finanzierung von Terror vorgeladen (*Kyiv Post*, 2.2.2015).

Die Privatisierung der 'Anti-Terror Aktion' in die Regie rechtsradikaler

Kommandeure und eigenmächtiger Gouverneure macht es äußerst schwierig, eine Verhandlungslösung zu finden. Im Oktober letzten Jahres waren Drohungen eines Marsches auf Kiew zu vernehmen; rechte Bataillone blockierten Hilfslieferungen an die Bevölkerung. Das besonders berüchtigte Aidar Bataillon lieferte sich Auseinandersetzungen mit dem Verteidigungsministerium (*Kyiv Post*, 5.2.2015). Eine auf Sieg programmierte Rhetorik bestimmte die Kiewer Politik schon vor Poroschenkos Antritt und beherrschte den Wahlkampf im Oktober 2014. Das Ergebnis der Wahlen lieferte lediglich eine weitere Legitimationsfassade für eine aussichtslose Bürgerkriegspolitik (vgl. Müller 2014b). Die international begrüßte 'Westverschiebung des Landes' kam durch die Abkopplung ostukrainischer Wähler zustande. Keines der Versprechen Poroschenkos konnte eingelöst werden, da diese ohnehin von Realitätsverlust zeugen. Das galt für die Vorstellung, die 'Anti-Terror-Aktion' innerhalb kürzester Zeit militärisch entscheiden zu können, ebenso wie für die Bekämpfung von Korruption und Reformen des politischen Systems (*Euromaidan Press*, 14.11.2014). Die Ankündigung, die Verteidigungsausgaben auf 5 Prozent des Sozialprodukts zu steigern und die Rüstungsindustrie zum Motor eines wirtschaftlichen Aufschwungs zu machen, überschreiten in einem Land, das vor Beginn des Bürgerkriegs technisch zahlungsunfähig war, die Grenze zum Fantastischen. Was ihre innere und äußere Handlungsfähigkeit angeht, ist die Ukraine ein gescheiterter Staat.

6. Geopolitische Hasardspiele

Wenn die Misere der ukrainischen Politik auch durch das gescheiterte Staatsbildungsprojekt ihrer Eliten zu verantworten ist, so haben externe Akteure doch maßgeblich

zur Verschärfung der Situation beigetragen. Diesen Vorwurf muss in erster Linie die EU auf sich nehmen. Sie hat die ukrainische Regierung vor die trügerische Alternative einer Assoziierung mit der EU oder eines Beitritts zum Projekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion gestellt. Ein bloßer Blick auf die Zusammensetzung der ukrainischen Exporte hätte klar machen können, dass ein exklusives Handelsabkommen mit der EU keine Modernisierungsperspektive für die ukrainische Ökonomie darstellt. Die ukrainischen Exporte nach Westen setzten sich zu über 80 Prozent aus Rohstoffen oder Halbfertigprodukten zusammen, während 60 Prozent der Ausfuhren in die postsowjetische Region aus industriellen Fertigwaren bestanden. Die schwerpunktmäßig im Osten angesiedelte Produktion ist komplementär zu den russischen Industrien angelegt. Außerhalb dieser länderübergreifenden Verflechtungen ist die ukrainische Schwerindustrie obsolet. Die Ukraine ist deshalb schlicht nicht in der Lage, Waffen zu produzieren, da ihr die russischen Zulieferungen fehlen. Der technologische Stolz der Flugzeugindustrie, die Kiewer Antonov-Werke, liegen nach dem Wegfall der russischen und kasachischen Nachfrage still.

Paradoxerweise ließ die Vorbereitung des Assoziierungsabkommens seitens der EU erkennen, dass diese wenig an dessen ökonomischer Sinnhaftigkeit interessiert war. Sie operiert mit derselben hoffnungsvollen Formel wie der IWF, nämlich mit dem abstrakten Versprechen, dass langfristige Reformfolge kurzfristige Einbußen rechtfertigen – ohne über die Fristen Aussagen zu treffen. Für die EU war das Assoziationsabkommen daher ein unverbindlicher Akt, bei dem sie nichts zu verlieren hat. Es war den Mitgliedsstaaten überlassen, dessen Ratifizierung um Jahre oder Jahrzehnte hinauszuschieben.

Zwischenzeitlich sollte es als ‘nützliches Werkzeug’ dienen, die Ukraine zur Übernahme weiterer Teile des gemeinsamen Regelwerks zu bringen, nicht zuletzt zum Vorteil des europäischen Kapitals, denn die Übernahme gemeinsamer Rechtsstandards und Wettbewerbsregeln sollte insbesondere die Sicherheit von Investitionen garantieren. Über die weiteren Aussichten auf Mitgliedschaft war damit nichts gesagt: „due to divisions among member states over Ukraine’s EU membership aspirations, the EU has never developed a coherent strategy for the country, rather maintaining a short-sighted ‘the door is neither open nor closed’ policy“ (Paul 2012).

Über die in der Assoziierungsstrategie enthaltene Asymmetrie von geringen Versprechungen und hohen Erwartungen hat die EU versucht, eine verkappte Geopolitik zum Billigtarif zu betreiben. Denn eines war klar: durch die in die Ukraine transferierten regulatorischen Anforderungen würde sich die Tür für eine Wirtschaftsunion mit Russland unweigerlich schließen. Um das deutlich zu markieren, wurde Moskau konsequent aus den Verhandlungen ausgegrenzt. Wenn weitere Länder wie Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbeidschan der Linie der EU folgen würden, wäre es um die Eurasische Wirtschaftsunion geschehen.

Der geopolitische Konflikt um die Ukraine hat sich nicht am Assoziierungsabkommen entzündet, sondern an dessen Nichtunterzeichnung. Die EU hat diesem Rückzug jede innenpolitische Rationalität abgesprochen und durch den langen Arm Moskaus erklärt. Sie hat den irrationalen Wunsch des Kiewer Protests, der desolaten Lage im Land durch den Absprung nach Westen zu entkommen, durch Wohlstandsversprechen genährt, die sie in den südeuropäischen Krisenländern längst entwertet hatte. Erst spät ist europäischen

Politikern aufgegangen, dass die Alternativen des Assoziierungsabkommens zu riskant formuliert waren. Der deutsche Außenminister hat den Fehler des Ukraine-Abkommens zumindest nachträglich eingeräumt, um ihn gegenüber Moldawien und Georgien nicht zu wiederholen. Deutlicher äußerte sich der ehemalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen zum geopolitischen Fehlversuch der EU: „Der Konflikt mit Russland entwickelte sich im Jahr 2013, als beide Seiten, sowohl die USA und die EU auf der einen Seite als auch Russland auf der anderen Seite, die geplante EU-Assoziierung der Ukraine zum geopolitischen Entweder-Oder hochstilisierten“ (*SpiegelOnline*, 19.5.2014).

Diese Einsichten kamen allerdings zu spät. Russland hat seine Entscheidung zur Annexion der Krim nicht angesichts des Regierungsturzes in Kiew getroffen, sondern aus dessen Einordnung in eine Konfliktgeschichte, die sich über mehrere Stufen aufgebaut hatte – von divergierenden Interpretationen des Endes des Kalten Kriegs, über die Verkündung eines neuen US-amerikanischen Jahrhunderts bis zu den verschiedenen Stufen der NATO-Erweiterung (vgl. Cohen 2006). Die Modalitäten der NATO-Erweiterung waren der springende Punkt. Es ist der Moskauer Führung sehr wohl bekannt, dass die neue ukrainische Regierung energischer auf eine Mitgliedschaft drängt, als ihre Vorgänger. Es war ungewiss, ob die europäischen Regierungen noch einmal, wie 2008 auf dem NATO Gipfel in Bukarest, der US-amerikanischen Initiative widerstehen würden, die Ukraine aufzunehmen. Die Mitgliedsstaaten hatten seit mehr als einem Jahrzehnt das Selbstverständnis ihres Bündnisses gegen Russlands Sicherheitsinteressen in seiner Nachbarschaft ausgespielt: „Since the Alliance embodied the international community in the post-Cold

War field of international security – by occupying the hegemonic position of a dominant player able to impose the rules of the game – it ‘naturally’ promoted the only vision that made sense“ (Pouliot 2010: 205).

Für Russland war Sicherheit freilich nicht nur eine Frage der Interpretation, sondern der historischen Erfahrung. Es ist nicht leicht, unter den Mitgliedern NATO Staaten zu finden, die sich nicht an der Intervention in den russischen Bürgerkrieg 1917 beteiligt hätten; Polen hatte sich 1920 bis nach Kiew und Minsk vorwärtsverteidigt; fünf heutige Mitglieder des Verteidigungsbündnisses waren an deutscher Seite in Russland einmarschiert. Die Krim war der Ausgangspunkt der riskantesten Phase des Kalten Kriegs: Hier wurde Chruschtschow Ende der 1950er Jahre auf die atomaren Mittelstreckenraketen in der Türkei aufmerksam, die innerhalb weniger Minuten die südrussische Industrieregion zerstören könnten, und brachte im Gegenzug Kuba ins Spiel. Vor diesem Hintergrund war die Vorstellung absurd, „das Schwarze Meer zu einem NATO-See zu machen“ (King 2010: 329). Selbst die liberalen Politiker Russlands in den 1990er Jahren haben vor der Idee einer NATO-Erweiterung gewarnt – wegen der darin tatsächlich enthaltenen Drohung und den zu erwartenden innenpolitischen Reaktionen. Die Arroganz westlicher Macht aber bestand darin, die immer wieder, bis in den November 2013 wiederholten Sicherheitsbedenken zu ignorieren. Die Schwäche der russischen Politik in den 1990er Jahren, auf die Projektion westlicher Macht zu reagieren, galt als Normalfall. Die auf dem Maidan auftretenden amerikanischen Berater der heutigen ukrainischen Regierung haben den Extremfall russischer Nachgiebigkeit getestet – die Ukraine hat für diesen Test bezahlt.

Der geopolitische Ansatz der USA seit dem offiziellen Ende des Kalten Kriegs ist nicht geeignet, hieraus die angemessenen Konsequenzen zu ziehen. Michail Gorbatschow und George Bush senior hatten vereinbart, die Blockkonfrontation in eine neue multilaterale Weltordnung mit höherer Autorität internationaler Institutionen überzuführen. In der Neujahrsansprache des US-amerikanischen Präsidenten 1992 wurde daraus die Formel vom 'Sieg im Kalten Krieg' – in einem 'guten Krieg', den Bush wenig später mit dem Sieg über Deutschland verglich (Phlokhy 2014: 407f.; Wiener 2012: 1). Er galt als Beweis, dass nur aus einer Position der Stärke gute Ergebnisse im Kampf gegen 'das Böse' zu erzielen sind. Das ist auch der neue Revisionismus eines Joachim Gauck, der in der Gedenkfeier zum deutschen Überfall auf Polen die NATO als Verteidigung vor einer erneuten russischen Aggression ins Spiel bringt; oder eines Arseni Jazenjuk, der die Ukraine und Deutschland als Opfergemeinschaft eines russischen Einmarsches am Ende des Zweiten Weltkriegs präsentiert.

Der 'Cold-War-Victory-View' prägt die Vorstellung von Russland als eines schlechten Verlierers, der sich nicht in sein geschrumpftes Format einfügen will. Die EU hat sich auf das außenpolitische Instrument eingelassen, das Washington seit den 1990er Jahren inflationär anwendet, um Länder seinen Vorstellungen 'guten Verhaltens' anzupassen. Wegen ihrer geringen, undifferenzierten und schädlichen Folgen sprach Richard Haas (1997) von „Sanctioning Madness“. Besonders deutlich sind die Folgen dieser Disposition in den gegen Russland gerichteten Sanktionen, die einen Sturz Putins herbeiführen sollen. Man will der Ukraine solidarische Hilfe auf dem Umweg eines Regimewechsels in Moskau leisten. Michael McFaul,

ehemals US-Botschafter in Moskau, gibt zu erkennen, dass diese Solidarität auch Mittel zu einem anderen Zweck sein könnte: „To Beat Putin, Support Ukraine“ (McFaul 2014). Dann wäre die Ukrainekrise die Folge einer äußerst riskanten und verlustreichen geopolitischen Strategie. Während die westliche Öffentlichkeit gespannt die Wirkungen der Sanktionen auf Russland verfolgt, ist man am weit dramatischeren Absturz der ukrainischen Währung und Wirtschaft weniger interessiert. Die US-amerikanische Regierung weiß, dass der Ukraine Konflikt nicht militärisch zu lösen ist. Offenbar verfolgt sie gleichwohl die zynische Idee, durch Waffenlieferungen höhere Opferzahlen zu produzieren, um so die russischen Soldatenmütter zu mobilisieren. Dass diese Waffen in ukrainischen Städten eingesetzt würden, spielt keine Rolle in einer Strategie, die in der *New York Times* als „Gambling on Peace in Ukraine“ (Bohlen 2015) beschrieben wird. Die Ukraine kann auf eine Solidarität dieser Art verzichten, und die EU muss erklären, dass dies nicht das Interesse Europas ist.

Literatur

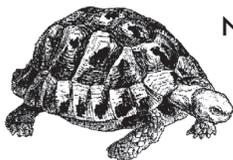
- Amos, Howard (2014): Ukraine's Western pro-European Cities Warn They Could Break Away, *The Guardian*, 12.2.2014. URL: <http://gu.com/p/3nxfasbl>.
- D'Anieri, Paul (2007): Ethnic Tensions and State Strategies: Understanding the Survival of the Ukrainian State, In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 23(1): 4-29.
- Ash, Timothy Garton/Snyder, Timothy (2005): Die Orange Revolution. In: *Transit* 29: 14-30.
- Aslund, Anders (2009): *How Ukraine Became a Market Economy and Democracy*. Washington/DC.
- Balcameda, Margarita/Rutland, Peter (2014): Ukraine's Gas Politics. URL: <https://www.opendemocracy.net/od-russia/>

- margarita-balmaceda-peter-rutland/ukraines-gas-politics, Zugriff: 8.5.2014.
- Beissinger, Mark (2013): The Semblance of Democratic Revolution: Coalitions in Ukraine's Orange Revolution. In: *American Political Science Review* 107(3): 574-592.
- Bender, Yuri (2014): In the Wake of Turmoil, the Role of Ukraine's Oligarchs is under Scrutiny, *Financial Times*, 27.3.2014.
- Bershidsky, Leonid 2014: Ukraine's Truly Foreign Ministers, *BloombergView*, 3.12.2014. URL: <http://www.bloombergview.com/articles/2014-12-03/ukraines-truly-foreign-ministers>, Zugriff: 30.12.2014.
- Bohlen, Celestine (2015): A Gamble on Peace in Ukraine, *New York Times*, 10.2.2015.
- Cohen, Stephen (2006): The New American Cold War, *The Nation*, 7.7.2006: 9-17.
- Diehl, Jackson (2010): Ukraine's new president the highlight of Obama's nuclear summit, *Washington Post*, 14.4.2010.
- Dörrenbacher 2010: „The Winner Takes All“. Die Präsidentschaftswahlen und die Folgen. In: *Osteuropa* 60(2-4): 145-151.
- Gessen, Keith (2014): Why not kill them all?, *London Review of Books* 36(17): 18-22.
- Haas, Richard 1997: Sanctioning Madness. In: *Foreign Affairs*, November/December: 74-85.
- Haerpfer, Christian/Kizilova, Kzenia (2014): Support for Democracy in Postcommunist Europe and Post-Soviet Russia. In Dalton, Russell/Welzel, Christao (Hrsg.): *The Civic Culture Transformed*. Cambridge: 158-189.
- Hetmancuk, Alena (2010): Mythen und Fakten. Die Ukraine und die NATO. In: *Osteuropa* 60(2-4): 351-358.
- Holmes, Leslie (2006): *Rotten States? Corruption, Post-Communism and Neoliberalism*. Durham.
- Higgins, Andrew/Kramer, Andrew: Ukraine Leader Was Defeated Even Before He Was Ousted, *New York Times*, 3.1.2014.
- Huntington, Samuel (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York. 1996.
- IFIS (2013): *Public Opinion in Ukraine 2013. Key Findings*, Washington/DC.
- IMF (1996): *Ukraine. Recent Economic Developments*, IMF Staff Country Report No 96/21, Washington/DC.
- Ishchenko, Volodymyr (2014): Maidan or Anti-Maidan? A More Nuanced Analysis is Necessary, *The Guardian*, 15.4.2014.
- Karatnycky, Adrian (2005): Ukraine's Orange Revolution. In: *Foreign Affairs*, March/April: 35-52.
- 2010: Re-Introducing Victor Yanukovych, *Wall Street Journal*, 8.2.2010.
- King, Charles (2010): *Extreme Politics. Nationalism, Violence & the End of Eastern Europe*, Oxford.
- Kramer, Andrew (2014): Volunteers Power Ukrainian Forces, *New York Times*, 22.11.2014.
- Kubicek, Paul (2008): *The History of Ukraine*. Westport.
- Kupatadze, Alexander (2012): *Organized Crime, Political Transitions and State Formation in Post-Soviet Eurasia*. New York.
- Kuzio, Taras (1998): *Ukraine. State and Nation Building*. London.
- Lane, David (2008): The Orange Revolution. 'People's Revolution' or Revolutionary Coup? In: *British Journal of Politics & International Relations* 10: 525-549.
- McFaul, Michael (2014): To Beat Putin, Support Ukraine, *New York Times*, 6.8.2014.
- Matuszak, Slawomir (2012): *The Oligarchic Democracy. Influence of Business Groups on Ukrainian Politics*. Warschau.
- Müller, Klaus/Pickel, Andreas (2009): Varieties of Post-Communist Nationalisms in Eastern Europe, Working Paper CSGP 09/7. Trent University. URL: <http://www.trentu.ca/globalpolitics/documents/MuellerandPickel079.pdf>, Zugriff: 30.1.2015.
- Müller, Klaus (2013): Staat und Transformation. In: *Berliner Debatte Initial* 24(3): 89-107.
- (2014a): Die Clans der Ukraine, *Le Monde Diplomatique*, Oktober 2014.
- (2014b): A Nation of Clans, *Atlantic Times*, November 2014.
- Neef, Christian (2014): The Power of Ukraine's Billionaires. *SpiegelOnline*, 25.2.2014.
- Olearchyk, Roman/Spiegel, Peter (2013): Ukraine freezes talks on bilateral trade pact with EU, *Financial Times*, 21.11.2013.

- OSCE (2010): Ukraine's presidential election meets most international commitments. URL: <http://www.osce.org/odihr/elections/51830>, Zugriff: 30.1.2015.
- Paul, Amanda (2010): Ukraine – Never a boring moment, *EU Observer*, 6.10.2010. URL: <http://euobserver.com/opinion/30970>, Zugriff: 30.1.2015.
- (2012): To sign or not to sign? – That's the EU-Ukraine Question, *European Policy Center*, 13.2.2012.
- Pouliot, Paul (2012): *International Security in Practice. The Politics of NATO-Russia Diplomacy*, Cambridge.
- Plokhy Serhii (2014): *The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union*, New York.
- Rahr, Alexander (2009): Five Years after the Orange Revolution in Ukraine. Back to the Future? In: *DGAP aktuell* 7: URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-128763>, Zugriff: 30.1.2015.
- Snyder, Timothy (2014): Die Ukraine hinter dem Schleier der Propaganda. In: *Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht*. Frankfurt/M.
- Stark, David (1990): From Plan to Market or From Plan to Clan? In: *East European Politics and Societies* 3: 351-392.
- Traynor, Ian (2004): US Campaign Behind the Turmoil in Kiev, *The Guardian*, 26.11.2005.
- Walker, Shaun/Amos, Howard (2014): Ukraine Civil War Fear Mount as Volunteer Units Take Up Arms, *The Guardian*, 15.5.2014.
- World Bank (2002): *Transition. The First Ten Years*. Washington/DC.
- Wiener, Jon (2012): *How We Forgot the Cold War*. Berkley.
- Wilson, Andrew (2013): Ukraine. In: Coleman, Isobel/Lawson-Renner (Hrsg.): *Pathways to Freedom*. New York: 181-200.
- (2014): *Ukraine Crisis. What It Means for the West*. New Haven.
- Zhurzhenko, Tetiana (2014): From Borderlands to Bloodlands, *Krytyka*, 18.12.2014.
- Zimmer, Kerstin (2005): Die Kohle, der Clan und die Macht. In: *Osteuropa* 55 (1): 34-49.

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

- **Abgetreten?** Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Absurd?** Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Alternativlos?** Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- **Anachronistisch?** Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- **Antizyklisch?** Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Probekostenlos!
Probekostenlos!
Probekostenlos!